

# Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand

Frühjahr 2003

Eine Untersuchung der  
Creditreform Wirtschafts-  
und Konjunkturforschung

## INHALT

## SEITE

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Die aktuelle konjunkturelle Situation des Mittelstandes</b>	<b>2</b>
	2.1 Geschäftslage	2
	2.2 Umsatzentwicklung	5
	2.3 Aktuelle Personalsituation	8
<b>3</b>	<b>Mittelstand: Erwartungen bis Herbst 2003</b>	<b>10</b>
	3.1 Erwartete Umsätze	10
	3.2 Zukunft des Personalbestandes	12
	3.3 Investitionen	13
<b>4</b>	<b>Finanzierung des Mittelstandes</b>	<b>15</b>
	4.1 Erträge, Eigenkapital, Liquidität	15
	4.2 Zahlungsverhalten der Kunden	20
	4.3 Insolvenzen im Mittelstand	23
<b>5</b>	<b>Wirtschaftspolitisches Umfeld</b>	<b>27</b>
	5.1 Innovationen im Mittelstand	27
	5.2 Ausbildungsplätze	29
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>31</b>
<b>7</b>	<b>Basis der Untersuchung</b>	<b>35</b>
	7.1 Begriffsbestimmung	35
	7.2 Untersuchungsbreite	25
	7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform	37
	7.4 Sitz des Unternehmens	37
	7.5 Betriebsgrößenordnung	38

## ■ 1 Einleitung

„Die Lage ist besser als die Stimmung“, gab sich der Bundeskanzler zur Eröffnung der Hannover Messe optimistisch, nach seinem Besuch bei 15 mittelständischen Unternehmen, die von „Auftragszuwächsen, teilweise in zweistelliger Höhe“ berichteten. Aber auch eine schlechte Stimmung kann das künftige Wirtschaftswachstum dämpfen, da die verunsicherten Unternehmer Investitionen scheuen und damit keine Wachstumsimpulse erzeugt werden können.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist im vierten Quartal 2002 zum Stillstand gekommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die offizielle Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts „minus 0,0“. Mit Spannung wird nun die Veröffentlichung des BIP für das erste Quartal erwartet. In den vergangenen Monaten verstärkten sich die Befürchtungen, Deutschland könne erneut in eine Rezession – zwei hintereinanderfolgende Quartale negativen Wachstums - hineingleiten.

Insbesondere die Lage im Mittelstand bleibt angespannt. Bereits der im Februar von Creditreform, DtA, IfM, KfW und ZEW veröffentlichte MittelstandsMonitor – ein jährlicher Bericht zu Konjunktur und Strukturfragen – attestierte der Mittelstandskonjunktur zur Jahreswende 2002/03 eine anhaltende Schwäche. So fielen im Jahresdurchschnitt 2002 die zentralen mittelständischen Konjunkturindikatoren der beteiligten Institute auf mehrjährige Tiefstände. Die überwiegend auf dem Inlandsmarkt tätigen klein- und mittelständischen Unternehmen leiden insbesondere unter einer sehr schwachen Binnenkonjunktur. Hohe Steuer- und Sozialabgaben, die Angst vor Arbeitslosigkeit sowie der Irak-Krieg haben bei den Verbrauchern zu einer extremen Konsumzurückhaltung geführt.

Auch die mit Spannung erwartete Rede des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, in der er seine Strukturreformpläne „Agenda 2010“ vorstellte, erzielte nicht die erhoffte Aufbruchstimmung. Die Vorschläge reichten von einem kommunalen Investitionsprogramm über die

***Stagnation und Resignation überwiegt***

***Noch keine Trendwende in Sicht***

Lockerung des Kündigungsschutzes sowie Maßnahmen zur Erleichterung von Existenzgründungen.

Die Reaktionen der Unternehmensverbände waren gemischt. Die angekündigten Reformen wurden im allgemeinen zwar als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet, gingen den meisten trotzdem noch nicht weit genug, insbesondere was die Lockerung des Kündigungsschutzes betraf. Außerdem kamen Zweifel auf, inwieweit die Reformen auch tatsächlich umgesetzt werden können. Doch insgesamt hellte die Rede die Stimmung in der Wirtschaft etwas auf. Weitere kleine Lichtstreifen am konjunkturellen Horizont waren die Anstiege des ZEW-Konjunkturindikators und des Ifo-Geschäftsklima-Indexes Anfang des Jahres. Eine konjunkturelle Trendwende scheint aber noch nicht in Sicht – die vorliegende Analyse will die Lage und die Erwartungen des Mittelstandes reflektieren.

## ■ 2 Die aktuelle konjunkturelle Situation des Mittelstandes

### 2.1 Geschäftslage

Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheit, die durch den Irak-Krieg noch verschärft worden ist, hat sich die Einschätzung der Geschäftslage auch im deutschen Mittelstand verschlechtert. Lediglich 20,5 Prozent der Befragten beurteilen ihre Geschäftslage mit gut oder sehr gut (Frühjahr 2002: 24,4 Prozent). Verglichen mit dem Vorjahr entspricht das einer Abnahme um 3,9 Prozentpunkte. Lag der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen im Vorjahr noch im positiven Bereich, fiel er in diesem Jahr negativ aus (minus 0,6 Prozent).

Am unteren Rand zeichnet sich jedoch eine leichte Stabilisierung ab: Der Anteil der Unternehmen, die ihre Geschäftslage als befriedigend und ausreichend bezeichnen ist von 52,5 Prozent im Vorjahr auf aktuell 57,8 Prozent gestiegen. Eine mangelhafte bis ungenügende Geschäftslage geben aktuell – wie bereits im Vorjahr – gut 21 Prozent an.

### ***Leichte Stabilisierung***

Die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage des DIHK zeigen, dass der seit zwei Jahren andauernde Abwärtstrend der Lageeinschätzung zwar gestoppt sei: „Die Lageeinschätzungen der Unternehmen verharren auf dem Rekordtief aus dem Herbst 2002.“ Dennoch könne von einer Bodenbildung noch nicht die Rede sein, da die Erwartungen weiter eingebrochen seien. Auch die Umfrageergebnisse von Creditreform haben eine weitere Verschlechterung bezüglich der Erwartungen festgestellt. (siehe Kapitel 3: Mittelstand: Erwartungen bis Herbst 2003).

**Tab. 1: Geschäftslage im Mittelstand**

■	sehr gut – gut	20,5 (24,4)
	befriedigend – ausreichend	57,8 (52,5)
	mangelhaft – ungenügend	21,1 (21,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Ein Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern zeigt, dass die Geschäftslage des Mittelstandes im Osten schlechter eingeschätzt wird als im Westen. Beurteilen in den alten Bundesländern 21,5 Prozent (Frühjahr 2002: 25,7 Prozent) ihre Geschäftslage mit sehr gut und gut, sind es in den neuen Bundesländern lediglich 14,2 Prozent (Frühjahr 2002: 15,9 Prozent). Als mangelhaft oder ungenügend bezeichnen in den neuen Bundesländern 24,1 Prozent (Frühjahr 2002: 32,4 Prozent) ihre Geschäftslage, in den alten sind es 20,7 Prozent (Frühjahr 2002: 19,6 Prozent). Somit fällt der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen im Westen mit 0,8 Prozent (Frühjahr 2002: 6,1 Prozent) leicht positiv, im Osten mit minus 9,9 Prozent (Frühjahr 2002: minus 16,5 Prozent) hingegen deutlich negativ aus.

**Tab. 2: Geschäftslage im Mittelstand (West/Ost)**

■	West	Ost
sehr gut – gut	21,5 (25,7)	14,2 (15,9)
befriedigend – ausreichend	57,4 (52,8)	61,1 (50,6)
mangelhaft – ungenügend	20,7 (19,6)	24,1 (32,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

### **Dienstleister bleiben positiv**

Die Betrachtung der vier Hauptbranchen ergibt ein ähnliches Bild: Einzig der Dienstleistungssektor kann einen positiven Saldo (8,3 Prozent) aus guten und schlechten Bewertungen verzeichnen. Im Vorjahr betrug der Saldo noch 11,5 Prozent. Im Handel sprechen 20,4 Prozent von einer sehr guten und guten Geschäftslage (Frühjahr 2002: 23,2 Prozent), 21 Prozent hingegen von einer mangelhaften bis ungenügenden Lage (Frühjahr 2002: 23,5 Prozent). War der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen im Verarbeitenden Gewerbe im vergangenen Jahr noch leicht positiv (1,3 Prozent), dreht er sich aktuell ins negative (minus 4 Prozent). Am stärksten ist immer noch das Baugewerbe von der schlechten Konjunktur betroffen: Hier beträgt der Negativsaldo 15,2 Prozent (Frühjahr 2002: minus 10,1 Prozent).

**Tab. 3: Geschäftslage in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	sehr gut und gut	befriedigend bis ausreichend	mangelhaft bis ungenügend
Verarb. Gewerbe	19,7 (25,1)	56,2 (50,0)	23,7 (23,8)
Bau	13,6 (15,2)	57,1 (57,6)	28,8 (25,3)
Handel	20,4 (23,2)	58,5 (50,8)	21,0 (23,5)
Dienstleistungen	24,2 (28,2)	58,9 (53,2)	15,9 (16,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Auch der Geschäftsklima-Index der gewerblichen Wirtschaft des Ifo-Instituts hat sich nach einem Anstieg in den beiden Vormonaten im März wieder verschlechtert und ist in den alten Bundesländern auf 88,1 Punkte gesunken, blieb aber höher als zu Jahresanfang. Wie bei den Umfrageergebnissen von Creditreform und DIHK haben sich auch hier insbesondere die Erwartungen für die nächsten sechs Monate weiter eingetrübt. Verbessert hat sich das Geschäftsklima im Einzelhandel und im Bauhauptgewerbe. Im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch im Großhandel hat sich das Geschäftsklima verschlechtert. In den neuen Bundesländern ging der Geschäftsklimaindex ebenfalls zurück.

## 2.2 Umsatzentwicklung

War Anfang des Jahres 2002 im Zuge der Euro-Einführung noch von deutlichen Preissteigerungen die Rede, machte in der zweiten Hälfte des Jahres das Schreckgespenst der Deflation – einem anhaltenden Rückgang des allgemeinen Preisniveaus – die Runde. Tatsächlich ist die Inflationsrate in Deutschland im März verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um 0,8 Prozentpunkte auf 1,2 Prozent gesunken. Dennoch scheint die Gefahr einer realen Bedrohung durch Deflation gering zu sein. Eine ZEW-Umfrage unter Finanzmarktanalysten zeigt, dass 75 Prozent der Befragten eine Deflation in Deutschland derzeit für unwahrscheinlich halten.

Deflationssignale sahen manche Wirtschaftsexperten in der rückläufigen Entwicklung der Erzeugerpreise für gewerbliche Güter: Im vergangenen Jahr konnten Industriewarenhersteller ihre Güter lediglich zu 0,5 Prozent niedrigeren Preisen absetzen. Doch diese Entwicklung lässt sich zum Teil durch die gestiegenen Ölpreise erklären, da sich dadurch die Vorleistungsgüter verbilligt haben.

Auch aufgrund der verschärften Wettbewerbssituation sind die Angebotspreise im deutschen Mittelstand im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken. In der Baubranche können lediglich 8,3 Prozent Preissteigerungen durchsetzen. Im Jahr zuvor waren es mit 16,1 Prozent noch doppelt so viele. Die Billig-Konkurrenz aus dem Ausland und die leeren Kassen der Kommunen trugen zu dieser Entwicklung bei. In den Branchen der Dienstleistungen und dem Verarbeitenden Gewerbe setzen 10,6 bzw. 12,3 Prozent höhere Preise durch. Am besten kann der Handel seine Produkte verkaufen, hier steigen die Angebotspreise bei 18 Prozent der Befragten (Frühjahr 2002: 26,6 Prozent).

***Preise sinken weiter***

**Tab. 4: Gestiegene Angebotspreise im Mittelstand**

■	Verarbeitendes Gewerbe	12,3 (20,8)
	Bau	8,3 (16,1)
	Handel	18,0 (26,6)
	Dienstleistungen	10,6 (22,3)
	Gesamt	12,4 (22,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Nicht nur gesunkene Angebotspreise, auch die abnehmende Binnennachfrage in Deutschland schlägt sich auf die Umsatzentwicklung im deutschen Mittelstand nieder. Im vergangenen Jahr sanken die privaten Konsumausgaben in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 0,5 Prozent. Dementsprechend ist der Umsatz lediglich bei 13,1 Prozent der Befragten innerhalb eines Jahres gestiegen (Frühjahr 2002: 19,5 Prozent). Über eine stabil gebliebene Umsatzentwicklung berichten immerhin 40,1 Prozent, im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerung um 6,8 Prozentpunkte. Jedoch beklagen 46,7 Prozent gesunkene Umsätze (Frühjahr 2002: 45,2 Prozent).

**Tab. 5: Umsatzentwicklung im Mittelstand**

■	gestiegen	13,1 (19,5)
	stabil	40,1 (33,3)
	gesunken	46,7 (45,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Insbesondere in Ostdeutschland ist der Umsatz im vergangenen Jahr eingebrochen. Sprachen im Frühjahr 2002 noch 17,1 Prozent von gestiegenen Umsätzen, sind es aktuell nur noch 7,6 Prozent. Damit verschlechtert sich der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen auf minus 44 Prozent. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Betriebe, die über eine stabile Umsatzentwicklung berichten, in den neuen Ländern von 21,4 Prozent im Vorjahr auf aktuell 40,8 Prozent nahezu verdoppelt. Auch in den alten Bundesländern beträgt die Zahl der Unternehmen mit einer stabilen Umsatzentwicklung 40 Prozent (Frühjahr 2002: 35,1 Prozent). Gestiegene Umsätze konnten 13,9 Prozent

### ***Umsätze im Osten stärker gesunken***

(Frühjahr 2002: 19,8 Prozent), gesunkene Umsätze konnten 46 Prozent (Frühjahr 2002: 43 Prozent) vermeiden.

**Tab. 6: Umsatzentwicklung im Mittelstand (West/Ost)**

■	West	Ost
gestiegen	13,9 (19,8)	7,6 (17,1)
stabil	40,0 (35,1)	40,8 (21,4)
gesunken	46,0 (43,0)	51,6 (60,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Nach Branchen betrachtet hatte das Dienstleistungsgewerbe die beste Umsatzentwicklung. Bei 16 Prozent ist der Umsatz gestiegen, bei 38,5 Prozent gesunken. Das ergibt einen Saldo von minus 22,5 Prozent. In den anderen Branchen sieht es durchgehend schlechter aus. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen betrug im Verarbeitenden Gewerbe minus 33,7 Prozent, im Handel minus 32,5 Prozent und im Bau sogar minus 59,5 Prozent.

Ein Arbeitsprogramm der Bundesregierung und der Bauwirtschaft soll helfen, die Dauerkrise am Bau zu beenden. Demnach sollen in der laufenden Legislaturperiode unter anderem sogenannte Public Private Partnerships (PPP) - private Finanzierungsmodelle in der Verkehrsinfrastruktur - ausgebaut werden. Außerdem soll die illegale Beschäftigung durch verstärkte Kontrollen sowie die Bürokratie bei Planungs- und Genehmigungsverfahren abgebaut werden.

**Tab. 7: Umsatzentwicklung in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	13,2 (17,5)	39,5 (32,1)	46,9 (48,4)
Bau	3,2 ( 9,8)	34,1 (34,5)	62,7 (53,2)
Handel	15,5 (19,3)	36,5 (29,2)	48,0 (49,8)
Dienstleistungen	16,0 (24,0)	45,5 (36,7)	38,5 (37,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

***Konsumenten kommen nicht in Schwung***

Aber nicht nur der Bau, auch der Handel entwickelt sich immer mehr zum Sorgenkind. Im vergangenen Jahr brachen laut HDE die Umsätze im Einzelhandel

um 3,5 Prozent ein. Ein extrem schlechtes Weihnachtsgeschäft konnte für keine weiteren Umsatzimpulse sorgen. Auf eine Trendwende bei den Verbrauchern kann der Handel immer noch nicht hoffen. Eine aktuelle Studie der GfK ergab, dass die Verbraucher auch im März nicht an einen konjunkturellen Aufschwung glauben. Insbesondere die Einkommenserwartungen der Verbraucher sind angesichts der hohen Steuer- und Abgabenbelastungen im März weiter gesunken. Lediglich die Anschaffungsneigung für größere Güter zeigt im Zuge vieler Rabattaktionen und Preissenkungen bereits den vierten Monat in Folge nach oben. Vielleicht ein kleiner Hoffnungsschimmer für die weitere Umsatzentwicklung im Einzelhandel.

### **2.3 Aktuelle Personalsituation**

Im März ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf 4,41 Millionen Menschen gestiegen. In Westdeutschland stieg die Zahl der Erwerbslosen um 41.000 auf 2,77 Millionen und im Osten um 11.000 auf 1,64 Millionen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Florian Gerster meint: „Angesichts ökonomischer Stagnation und des Irak-Kriegs ist eine Besserung am Arbeitsmarkt nicht in Sicht.“ Umso wichtiger sei es, so Gerster, dass die von Bundeskanzler Schröder angekündigten Reformen jetzt umgesetzt werden. Die von der Bundesregierung avisierten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit reichen von der Einführung sogenannter Mini-Jobs über die Lockerung des Kündigungsschutzes bis hin zur Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld.

Kritik an der bisherigen Arbeitsmarktpolitik kommt sogar von hoher amtlicher Stelle: der Deutschen Bundesbank. In ihrem im März erschienen Monatsbericht warnt sie: „Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sind der Schlüssel zum Verständnis der Wachstumsschwäche“. Gerade die hohe Arbeitslosigkeit sei aus ökonomischer Sicht „ein großes brachliegendes Produktionspotenzial“. Dafür ursächlich sind der Bundesbank zufolge unter anderem Hemmnisse auf dem Arbeitsmarkt und zu umfangreiche Lohnersatzleistungen.

Eine umfangreiche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes könne für neue Wachstumsimpulse sorgen.

Angesichts der verschlechterten Arbeitsmarktdaten entwickelt sich der Personalbestand im deutschen Mittelstand, der rund 70 Prozent der sozialsicherungspflichtigen Erwerbstätigen beschäftigt, ebenfalls unbefriedigend. Neue Arbeitskräfte eingestellt haben lediglich 12,4 Prozent (Frühjahr 2002: 15,6 Prozent). Arbeitsplätze abgebaut haben 33,6 Prozent (Frühjahr 2002: 31,1 Prozent), innerhalb eines Jahres entspricht das einer Zunahme von 2,5 Prozentpunkten. Immerhin berichten immer noch 53,5 Prozent (Frühjahr 2002: 52,5 Prozent) von einem unveränderten Personalbestand.

## ***Beschäftigungsflaute hält an***

**Tab. 8: Personalbestand im Mittelstand**

■	aufgestockt	12,4 (15,6)
	unverändert	53,5 (52,5)
	verkleinert	33,6 (31,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Arbeitsmarktsituation im deutschen Mittelstand fällt im Osten schlechter aus als im Westen. So stellten in den neuen Bundesländern lediglich 5,5 Prozent neues Personal ein, 39,7 Prozent mussten Arbeitskräfte entlassen. In den alten Bundesländern vergrößerten immerhin 13,4 Prozent ihren Personalbestand und 32,7 Prozent verkleinerten ihn.

Die Zahlen spiegeln die Strukturschwäche und schlechtere Konjunktur in Ostdeutschland wider. Ein weiteres Anzeichen hierfür ist, dass das Förderprogramm „Kapital für Arbeit“ der KfW in Ostdeutschland kaum eingesetzt wird. Bis Ende März förderte die Bank in den neuen Bundesländern lediglich 322 Arbeitsplätze, im Westen waren dies hingegen 2.306. Bei diesem KfW-Programm erhalten Mittelständler und Freiberufler zinsverbilligte Kredite, wenn sie einen Arbeitslosen einstellen. Dabei werden pro neuem Beschäftigten 100.000 Euro ausbezahlt.

**Bau stellt weniger  
Personal ein**

Im Bau hat sich die Personallage dramatisch verschärft. Lediglich 3,1 Prozent (Frühjahr 2002: 8,1 Prozent) haben ihren Personalbestand aufgestockt. Doch gut die Hälfte (49,5 Prozent) musste im Vergleich zum Vorjahr (38,2 Prozent) Arbeitskräfte entlassen. Im Dienstleistungsgewerbe zeigt sich die Arbeitsmarktlage noch mit am besten: 14,3 Prozent haben neues Personal eingestellt, 29,4 Prozent haben Personal entlassen. Im Verarbeitenden Gewerbe stellten 13,6 Prozent neue Arbeitskräfte ein und im Handel waren es 14,7 Prozent.

**Tab. 9: Personalbestand in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	13,6 (17,0)	52,9 (48,2)	32,7 (34,1)
Bau	3,1 ( 8,1)	46,9 (53,1)	49,5 (38,2)
Handel	14,7 (13,4)	55,1 (53,0)	29,8 (32,5)
Dienstleistungen	14,3 (19,0)	55,8 (54,3)	29,4 (26,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

■ **3 Mittelstand: Erwartungen bis Herbst 2003**

**3.1 Erwartete Umsätze**

Lediglich 16,3 Prozent der KMU rechnen künftig mit steigenden Umsätzen. Verglichen mit dem Vorjahr (Frühjahr 2002: 33,3 Prozent) reduzieren sich somit die Erwartungen um gut die Hälfte. Der Anteil, der sinkende Umsätze erwartet, hat sich innerhalb eines Jahres um 6,6 Prozentpunkte auf 33 Prozent (Frühjahr 2002: 26,4 Prozent) erhöht. Etwa die Hälfte der Befragten (50,1 Prozent) geben sich vorsichtig optimistisch und glauben, dass sich die Umsätze bis Herbst 2003 zumindest stabil halten werden. Der positive Saldo aus steigenden und sinkenden Umsatzerwartungen vom Vorjahr (6,9 Prozent) hat sich aktuell mit minus 16,7 Prozent ins Negative verschlechtert.

**Pessimistische  
Umsatzerwartungen**

**Tab. 10: Umsatzerwartungen im Mittelstand**

■	steigend	16,3 (33,3)
	stabil	50,1 (39,0)
	sinkend	33,0 (26,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die aktuelle Konjunkturumfrage vom DIHK kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Den Erwartungen der befragten Unternehmer zufolge steht Deutschland am Rande einer Rezession. Zu Jahresbeginn 2003 sei keine Besserung der Konjunktur in Sicht. Die Geschäftserwartungen seien gegenüber dem vergangenen Herbst deutlich eingebrochen. Ein schlechteres Bild war laut DIHK-Umfrage zuletzt im Rezessionsjahr 1993 zu verzeichnen.

Die Salden aus erwarteten steigenden und sinkenden Umsätzen waren im vergangenen Jahr - mit Ausnahme der Baubranche – noch positiv. Doch innerhalb eines Jahres sind nun die Salden aller Branchen negativ. Negative Salden fallen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe (16,3 Prozent) und in der Baubranche (40,3 Prozent), aber auch im Handel (12 Prozent) und in der Dienstleistungsbranche (9,2 Prozent) auf.

**Tab. 11: Umsatzerwartungen in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	17,2 (32,5)	47,8 (37,9)	33,5 (27,7)
Bau	7,4 (22,0)	44,9 (45,9)	47,7 (30,9)
Handel	19,6 (31,9)	48,9 (36,8)	31,6 (30,0)
Dienstleistungen	17,7 (38,6)	55,0 (39,0)	26,9 (21,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Aufgrund des Irak-Krieges stand die Preisentwicklung ganz im Zeichen des Ölpreisanstiegs. Trotzdem geht eine stabile Mehrheit (64 Prozent) der Mittelständler von stabilen Angebotspreisen aus (Frühjahr 2002: 63,3 Prozent). 14,8 Prozent gehen mit steigenden (Frühjahr 2002: 23,3 Prozent) Angebotspreisen in den Markt. Der Anteil der Betriebe, der sinkende Angebotspreise avisiert, hat sich mit 20,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (Frühjahr 2002: 11,8 Prozent) fast verdoppelt.

### ***Preisentwicklung im Zeichen des Irak-Krieges***

**Tab. 12: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise**

■	steigend	14,8 (23,3)
	stabil	64,0 (63,3)
	sinkend	20,8 (11,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

### 3.2 Zukunft des Personalbestandes

Verglichen mit der tatsächlichen Entwicklung des Personalbestands geben sich die meisten Betriebe für die Zukunft wenig optimistisch. 62,7 Prozent wollen ihren Personalbestand unverändert lassen, verkleinern wollen ihn 25,1 Prozent. An Neueinstellungen denken lediglich 10,6 Prozent. Die unsichere Konjunktur, steigende Lohnnebenkosten sowie ausstehende Struktur-reformen am Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen verhindern optimistischere Personalzusagen der Unternehmer.

**Tab. 13: Entwicklung des Personalbestandes**

■	aufstocken	10,6 (15,7)
	unverändert	62,7 (63,9)
	verkleinern	25,1 (19,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Salden aus „Personal aufstocken“ und „Personal verkleinern“ sind mittlerweile in allen Branchen negativ. Im Vorjahr wies zumindest der Dienstleistungssektor noch einen positiven Saldo von 2,8 Prozent aus. Nach einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW zusammen mit Creditreform Ende 2002 durchführte, hat sich die Umsatzentwicklung in diesem Wirtschaftszweig zwar stabilisiert, doch der Beschäftigungsabbau hält trotzdem an. Mehr als die Hälfte des Umsatzes bei den Befragten wird im vierten Quartal 2002 von Unternehmen erwirtschaftet, die Personal eingespart haben. Und für das erste Quartal 2003 erwarten Unternehmen mit einem Umsatzanteil von mehr als 40 Prozent im Wirtschaftszweig, dass sie ihren Personalbestand abbauen werden.

### **Handel hofft auf Mini-Jobs**

**Tab. 14: Entwicklung des Personalbestandes in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	aufstocken	unverändert	verkleinern
Verarb. Gewerbe	9,7 (14,9)	64,2 (55,4)	24,9 (28,9)
Bau	9,0 ( 9,7)	59,9 (70,4)	30,6 (19,3)
Handel	12,1 (13,8)	61,1 (67,7)	25,3 (17,7)
Dienstleistungen	11,1 (19,5)	64,0 (63,4)	22,6 (16,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die restriktivste Personalpolitik planen die Mittelständler im Verarbeitenden Gewerbe und im Bau. Aber auch im Handel fällt der Saldo mit minus 13,2 Prozent schlechter als im Vorjahr (minus 3,9 Prozent) aus. Hoffnung schöpft der Einzelhandel aus der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, die am 1. April in Kraft getreten ist. Laut HDE könnte die Reform der Minijobs wichtige Impulse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Einzelhandel bringen. Wenn zusätzlich noch die Ladenöffnungszeiten ausgeweitet und die Verbraucher ihre Kaufzurückhaltung aufgeben würden, könnte dies die Konjunktur wieder ankurbeln und möglicherweise 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Einzelhandel schaffen.

### 3.3 Investitionen

Im Vorjahr war Deutschland von einer starken Investitionsschwäche bestimmt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sanken die Ausgaben für Ausrüstungsgüter und sonstige Anlagen um 7,6 Prozent. Die schwache Binnenkonjunktur, zu gering ausgelastete Produktionskapazitäten sowie die Unsicherheit bezüglich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung sind dafür ausschlaggebend. Es zeichnet sich jedoch ein Lichtstreif am Horizont ab im vierten Quartal 2002: Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen weisen erstmals seit vielen Quartalen positive Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal auf.

***Unternehmer scheuen Investitionen***

Ungeachtet dieser Entwicklungen ist die Investitionsbereitschaft im deutschen Mittelstand weiter gesunken. Aktuell sind nur noch 32,2 Prozent der Mittelständler zu Investitionen bereit. 2002 waren es noch 38 Pro-

zent. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Abnahme um 5,8 Prozentpunkten. Doch die überwiegende Mehrheit (67,3 Prozent) möchte immer noch nicht investieren. Damit hält der seit 1999 eingesetzte Abwärtstrend weiter an.

**Tab. 15: Investitionsbereitschaft des Mittelstandes**

■	ja	nein
1998	59,6	39,8
1999	63,2	36,2
2000	62,5	36,8
2001	47,7	51,6
2002	38,0	61,3
2003	32,2	67,3

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Im Bau ist die Investitionsbereitschaft leicht von 23,1 Prozent (Vorjahr) auf aktuell 24,7 Prozent gestiegen. Die Produktion im Bauhauptgewerbe hat sich nach Angaben des jüngsten Monatsberichts des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft zunächst stabilisiert. Im vierten Quartal erreichte die Erzeugung einen Zuwachs von 1,7 Prozent. Doch angesichts der schwachen Nachfrageentwicklung im Bau sei ein nennenswertes Anziehen der Baukonjunktur derzeit nicht absehbar. Die Umfrageergebnisse belegen dies: Eine überwältigende Mehrheit von 74,2 Prozent plant keinerlei Investitionen.

**Tab. 16: Investitionsbereitschaft in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	ja	nein
Verarbeitendes Gewerbe	30,5 (39,1)	68,7 (58,5)
Bau	24,7 (23,1)	74,2 (76,9)
Handel	35,1 (35,2)	64,9 (64,5)
Dienstleistungen	34,8 (44,7)	64,7 (55,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die stärkste Investitionsbereitschaft zeigt sich im Handel (35,1 Prozent) und in der Dienstleistungsbranche (34,8 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe sind lediglich 30,5 Prozent zu Investitionen bereit. Verglichen mit

dem Gesamttrend (32,2 Prozent), hat sich die Investitionsbereitschaft im Verarbeitenden Gewerbe und im Bau unterdurchschnittlich entwickelt.

## ***Geringste Investitionsbereitschaft im Bau***

**Tab. 17: Art der Investitionen**

■	Erweiterung	38,7 (56,1)
	Rationalisierung	30,5 (28,2)
	Ersatz	57,8 (50,7)

Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennung möglich  
( ) = Vorjahresangaben

Ein Blick auf die Investitionsart zeigt, dass trotz kleiner Hoffnungsschimmer die rezessiven Merkmale überwiegen: Gerade die - durchaus als konjunktureller Frühindikator deutbaren - Erweiterungsinvestitionen sind im Vergleich zum Vorjahr um 17,4 Prozentpunkte auf 38,7 Prozent gesunken (Frühjahr 2002: 56,1 Prozent). In Phasen des Aufschwungs investieren Unternehmer stärker in den Unternehmensausbau, in Phasen des Abschwungs hingegen tätigen sie in der Regel nur die nötigsten Investitionen. So gaben 57,8 Prozent der Befragten Geld für Ersatzinvestitionen (Frühjahr 2002: 50,7 Prozent) und 30,5 Prozent für Rationalisierungsinvestitionen (Frühjahr 2002: 28,2 Prozent) aus.

## ■ 4 Finanzierung des Mittelstandes

### 4.1 Erträge, Eigenkapital, Liquidität

Die konjunkturelle Schwächephase, in der sich Deutschland befindet, verdeutlicht die Mängel in der Finanzierung mittelständischer Unternehmen noch: Sinken die Erträge und nehmen Forderungsausfälle und verzögerte Rechnungseingänge zu, benötigen Unternehmen Risikopuffer in Gestalt von Eigenkapital.

Ihre zukünftige Ertragslage sehen die Mittelständler deutlich schlechter als noch vor einem Jahr. 13,5 Prozent der befragten Unternehmen hoffen auf steigende Erträge, binnen Jahresfrist ein Rückgang um mehr als die Hälfte – 13,8 Prozentpunkte. Die Zahl der Unternehmen, die sinkende Erträge befürchten, stieg um 4,7 Prozentpunkte auf 40,2 Prozent. Knapp die Hälfte (45,9 Prozent) rechnet immerhin mit einer stabilen Ertragssituation.

## ***Einbruch der Ertragserwartungen***

**Tab. 18: Zukünftige Ertragslage im Mittelstand**

■	steigend	13,5 (27,3)
	stabil	45,9 (36,3)
	sinkend	40,2 (35,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Der Einbruch bei den Bewertungen zur zukünftigen Ertragslage vollzieht sich in Ost- und Westdeutschland annähernd gleich: Sowohl im Westen als auch im Osten der Republik sind die positiven Zukunftsaussichten um fast die Hälfte zurückgegangen (West: von 28,9 auf 14,3 Prozent; Ost: von 16,5 auf 8,4 Prozent). Auch im Bereich der sinkenden Ertragserwartungen gleichen sich die Bewertungen an: 39,1 Prozent der westdeutschen Mittelständler (Vorjahr: 34,2 Prozent) und 47,1 Prozent der ostdeutschen (Vorjahr: 44,7 Prozent) befürchten sinkende Erträge.

**Tab. 19: Zukünftige Ertragslage (West/Ost)**

■	West	Ost
steigend	14,3 (28,9)	8,4 (16,5)
stabil	46,1 (36,1)	44,5 (37,6)
sinkend	39,1 (34,2)	47,1 (44,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

***Dienstleister weniger optimistisch***

Insbesondere das Dienstleistungsgewerbe verzeichnet einen Einbruch der Betriebe, die auf steigende Erträge hoffen: Von 34,3 Prozent in 2002 gingen die Bewertungen auf 14,0 Prozent zurück. Damit gibt es hier weniger Optimismus als beim Handel und im Verarbeitenden Gewerbe. Der Anteil an Unternehmen, die sinkende Erträge befürchten, hat in allen Branchen zugenommen; am stärksten beim ohnehin geschwächten Bau (von 41,8 auf 49,7 Prozent). Die wenigsten Zugänge bei den sinkenden Ertragserwartungen verzeichnet der Handel: Der Wert stieg von 35,2 Prozent im letzten Jahr auf 38,4 Prozent im Frühjahr 2003.

**Tab. 20: Ertragserwartungen in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	15,0 (22,7)	43,0 (38,7)	41,2 (37,5)
Bau	8,3 (15,8)	41,9 (42,4)	49,7 (41,8)
Handel	14,7 (26,4)	46,5 (36,8)	38,4 (35,2)
Dienstleistungen	14,0 (34,3)	49,2 (32,7)	36,2 (32,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Finanzierungsstruktur des deutschen Mittelstandes ist durch niedrige Eigenkapitalquoten und einen hohen Anteil von Bankkrediten gekennzeichnet. Zu dieser Struktur haben viele Faktoren beigetragen – etwa rechtliche Rahmenbedingungen, die einen weitgehenden Schutz von Kreditgläubigern gewährleisten, der für Mittelständler noch „unreife“ Kapitalmarkt und die bis 2001 im Vergleich zu ausgeschütteten Gewinnen relativ höhere Besteuerung thesaurierter Gewinne.

Vergleiche der Bilanzstrukturen von Kapitalgesellschaften in anderen Ländern zeigen, dass in Deutschland insbesondere kleine und mittlere Unternehmen die niedrigste Eigenkapitalquote haben. Diese Strukturen sind heute angesichts des internationalen Wettbewerbs nicht mehr zeitgemäß. Hier liegt das Kernproblem des deutschen Mittelstandes: Es ist nicht genügend Eigenkapital vorhanden, um laufende Verluste auszugleichen und im Ernstfall Haftungsfunktionen zu übernehmen.

Unternehmen, die über mehr als 30 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme verfügen, bezeichnet man gemeinhin als stabil. 17,7 Prozent der Mittelständler verfügen über eine solch stabile Eigenkapitaldecke. Immerhin ein Anstieg von 2,3 Prozentpunkten im Jahresverlauf. Als unterkapitalisiert bezeichnet man Unternehmen mit weniger als 10 Prozent Eigenkapital. Mehr als ein Drittel aller Befragten ist demnach unterkapitalisiert (37,7 Prozent); der Wert nahm im Vergleich zum Jahr 2002 leicht um 0,5 Prozentpunkte zu.

***Leichter Zuwachs bei den  
ausreichend kapitalisierten  
Betrieben***

**Tab. 21: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme**

■	bis 10%	37,7 (37,2)
	bis 20%	27,0 (25,1)
	bis 30%	17,7 (16,2)
	über 30%	17,7 (15,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Eine von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) initiierte Umfrage vom Herbst 2002 kommt zu dem Ergebnis, dass viele mittelständische Unternehmen erkannt haben, dass ihre Eigenkapitalausstattung angesichts der veränderten Finanzierungsbedingungen künftig nicht mehr ausreicht. Mehr als die Hälfte der Befragten strebt danach eine Erhöhung der Eigenkapitalquote an. Als Mittel dazu steht an vorderster Stelle die stärkere Einbehaltung von Gewinnen.

Dem kommt der Vorstoß des saarländischen Ministerpräsidenten Hanspeter Georgi entgegen, der vorschlägt, dass Unternehmen, die ihre Gewinne nicht ausschütten, sondern für Investitionen im Unternehmen behalten, darauf so lange keine Körperschaftsteuer zahlen müssen, bis eine Eigenkapitalquote von 25 Prozent erreicht ist.

Der KfW-Chef Hans Reich plant, das von Wolfgang Clement angeschobene Programm „Kapital für Arbeit“ auf den gesamten Mittelstand auszuweiten – unabhängig davon, ob ein Unternehmen einen Mitarbeiter zusätzlich einstellt oder nicht – Kapital für den Mittelstand sozusagen. Bisher sind die Eigenkapitalähnlichen Kredite des Programms an Neuanstellungen gebunden. Die Stärke des Programms liegt laut Reich in der schnellen standardisierten Kreditvergabe – seit November habe es Kreditzusagen von über 100 Millionen Euro gegeben. Hintergrund ist wiederum eine Studie der KfW, der zufolge 45 Prozent der Mittelständler bereits jetzt Probleme haben, an Kredit zu kommen – vor einem Jahr lag die Zahl noch bei 32 Prozent.

**„Kapital für Arbeit“ soll ausgeweitet werden**

Ein Grund für diese Kreditklemme des deutschen Mittelstandes könnte der Wertverlust von Kreditsicherheiten, wie etwa Immobilien, sein.

Der Blick auf die Hauptwirtschaftsbereiche lässt erkennen, dass die Entwicklung bei den Eigenkapitalquoten nicht in allen Branchen gleich ist. Die Dienstleistungsbranche verzeichnet als einziger Wirtschaftsbereich Rückgänge bei den ausreichend kapitalisierten Betrieben (von 16,6 auf 16,2 Prozent), was mit den schlechten Ertragserwartungen in dieser Branche korrespondiert. Im Bau und im Handel gab es hingegen einen Rückgang bei den unterkapitalisierten Betrieben: im Baugewerbe um 0,4 Prozentpunkte auf 44,2 Prozent, im Handel von 39,5 auf 34,1 Prozent. Zugenommen haben dagegen die unterkapitalisierten Betriebe aus den Bereichen Dienstleistung (plus 0,2 Prozentpunkte auf 37,3 Prozent) und Verarbeitendes Gewerbe (plus 7,8 Prozentpunkte auf 37,1 Prozent).

**Tab. 22: Eigenkapitalquoten in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	37,1 (29,3)	23,9 (26,8)	21,2 (19,9)	17,8 (17,7)
Bau	44,2 (44,6)	24,0 (24,3)	15,6 (17,0)	16,2 (10,3)
Handel	34,1 (39,5)	28,2 (22,9)	16,7 (15,9)	21,0 (14,5)
Dienstleist.	37,3 (37,1)	29,6 (26,1)	16,9 (14,2)	16,2 (16,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

An der Spitze der Branchen mit der geringsten Eigenmittelausstattung steht das Holz-, Papier und Druckgewerbe. Mehr als die Hälfte aller Betriebe (53,6 Prozent) verfügt über weniger als 10 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme. Knapp dahinter (53,2 Prozent) liegen die Unternehmen aus der Branche „Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe“.

**Tab. 23: Geringe Eigenkapitalausstattung nach Branchen**

■	Eigenkapital unter 10%	
	Holz-, Papier- u. Druckgewerbe	53,6
	Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden; Feinkeramik u. Glasgewerbe	53,2
	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	46,2
	Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	45,2
	<i>Branchendurchschnitt</i>	37,7

Angaben in % der Befragten

## 4.2 Zahlungsverhalten der Kunden

Verspätete Forderungsbegleichungen verschaffen dem Schuldnerunternehmen kurzfristige Liquidität. Das Zahlungsverhalten in der Europäischen Union verschlechtert sich seit mehreren Jahren. Die Gesetzesinitiative zur Beschleunigung von Zahlungseingängen, die im Januar 2002 in Deutschland in Kraft getreten ist, hat nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Zu oft liegen die Probleme nicht in den rechtlichen Möglichkeiten sondern im Verhältnis zum Schuldner begründet. Viele Sub- und Zulieferbetriebe scheuen sich aus Angst vor Verlust des Groß- oder Hauptkunden, hohe Verzugszinsen einzutreiben.

**Tab. 24: Zahlungsfristen der Kunden des Mittelstandes**

■	Kunden / Gesamt	private Kunden	öffentliche Kunden
bis 5 Tage	5,5 ( 4,2)	5,4 ( 4,5)	5,8 ( 3,8)
bis 10 Tage	10,8 ( 7,6)	11,6 ( 8,4)	9,7 ( 6,1)
bis 20 Tage	15,6 (14,0)	17,5 (16,3)	13,2 (10,2)
bis 30 Tage	34,2 (36,3)	33,6 (35,0)	35,1 (38,4)
bis 60 Tage	21,9 (23,2)	19,4 (21,7)	25,4 (25,7)
bis 90 Tage	5,7 ( 7,3)	4,3 ( 4,3)	7,5 (12,3)
über 90 Tage	2,3 ( 2,7)	1,6 ( 2,1)	3,3 ( 3,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

### **Mehr pünktliche Zahler**

In konjunkturell schwierigen Zeiten achten Unternehmen mehr auf die Beitreibung ihrer Außenstände – diese Annahme findet sich in den Angaben der befragten Mittelständler bestätigt: Pünktliche Zahlungseingänge verzeichnen 66,1 Prozent der Unternehmen – binnen Jahresfrist ein Zuwachs von 4 Prozentpunk-

ten. Als fristgerecht bezeichnet man gemeinhin Zahlungseingänge, die spätestens 30 Tage nach Rechnungserteilung und Fälligkeit ihren Empfänger erreichen. Insbesondere die Kommunen und Gemeinden zahlen pünktlicher: Hier stieg der Wert von 58,5 Prozent im letzten Jahr auf nunmehr 63,8 Prozent. 1,6 Prozent der privaten und 3,3 Prozent der öffentlichen Kunden lassen mehr als drei Monate bis zur Rechnungsbegleichung verstreichen.

**Tab. 25: Zahlungsfristen der Kunden in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistungen
bis 5 Tage	7,4 ( 4,1)	2,3 ( 2,8)	4,6 ( 4,7)	6,5 ( 4,5)
bis 10 Tage	9,3 ( 6,6)	14,9 (10,5)	9,6 ( 8,4)	10,5 ( 6,3)
bis 20 Tage	11,7 (10,7)	18,3 (19,2)	15,3 (15,2)	17,1 (12,8)
bis 30 Tage	37,3 (41,3)	28,9 (29,6)	39,2 (35,3)	31,6 (37,0)
bis 60 Tage	22,9 (23,0)	23,6 (25,2)	20,6 (23,1)	21,3 (22,6)
bis 90 Tage	5,1 ( 7,9)	5,9 ( 6,7)	6,5 ( 7,5)	5,4 ( 7,1)
über 90 Tage	1,6 ( 2,8)	3,9 ( 3,1)	1,3 ( 1,4)	2,7 ( 3,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Am schnellsten erhalten Betriebe aus dem Verarbeitenden Gewerbe ihr Geld: 7,4 Prozent der Kunden zahlen bereits nach 5 Tagen ihren Rechnung. Dagegen lassen sich 3,9 Prozent der Kunden der Baubranche mehr als 90 Tage Zeit – binnen Jahresfrist ein Zuwachs von 0,8 Prozentpunkten.

Insbesondere Betriebe aus dem Handel und Dienstleistungsbereich haben pünktliche Zahler hinzugewonnen. In beiden Branchen stieg der Anteil um 5,1 Prozentpunkte: Im Handel von 63,6 auf 68,7 Prozent und bei den Dienstleistern von 60,6 auf 65,7 Prozent.

So stehen auch an der Spitze der pünktlichen Zahler zwei Branchen aus dem Einzelhandel: 85,8 Prozent der Kunden von Betrieben aus dem Einzelhandel mit Verbrauchs- und 85,1 Prozent der Kunden von Unternehmen aus dem Einzelhandel mit Gebrauchsgütern zahlen binnen Monatsfrist.

**Kunden des Einzelhandels zahlen am schnellsten**

**Tab. 26: Zahlungsfristen privater Kunden nach Branchen**

■	bis 30 Tage:	
	Einzelhandel m. Verbrauchsgütern	85,8
	Einzelhandel m. Gebrauchsgütern	85,1
	Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	84,5
	Holz-, Papier- u. Druckgewerbe	72,8
	<i>Branchendurchschnitt</i>	<i>68,1</i>
	bis 90 Tage und länger:	
	Leder-, Textil- u. Bekleidungsgewerbe	20,0
	Datenverarbeitung u. Datenbanken	11,4
	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	10,0
	Einzelhandel m. Verbrauchsgütern	8,6
	<i>Branchendurchschnitt</i>	<i>5,9</i>

Angaben in % der Befragten

Öffentliche Kunden von Betrieben aus der Branche Forschung und Entwicklung zahlen am schlechtesten. Mehr als die Hälfte (56,7 Prozent) lässt sich mehr als drei Monate Zeit.

**Tab. 27: Zahlungsfristen öffentlicher Kunden nach Branchen**

■	bis 30 Tage:	
	Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden; Feinkeramik u. Glasgewerbe	89,5
	Einzelhandel mit Verbrauchsgütern	87,9
	Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	80,7
	Grundstücks- u. Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen	75,2
	<i>Branchendurchschnitt</i>	<i>63,8</i>
	bis 90 Tage und länger:	
	Forschung u. Entwicklung	56,7
	Datenverarbeitung u. Datenbanken	16,2
	Bauhauptgewerbe	16,0
	Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	13,8
	<i>Branchendurchschnitt</i>	<i>10,8</i>

Angaben in % der Befragten

**8,6 Prozent erlitten keine Forderungsverluste**

Forderungsausfälle entstehen, wenn ein Unternehmen seinen Zahlungsverpflichtungen dauerhaft nicht nachkommen kann. Forderungsverluste gehören zum Unternehmensalltag – lediglich 8,6 Prozent der befragten Betriebe hatten im letzten Jahr keine Verluste hinzu-

nehmen. Kritisch wird es, wenn die Forderungsverluste mehr als ein Prozent vom Umsatz ausmachen.

Die Zahl der hohen Forderungsverluste nahm leicht um 0,2 Prozentpunkte zu. 23,3 Prozent der Betriebe mussten Forderungsverluste von mehr als einem Prozent im Verhältnis zum Umsatz ausgleichen.

**Tab. 28: Durchschnittliche Forderungsausfälle des Mittelstandes in Prozent zum Umsatz**

■	bis 0,1%	22,0 (23,8)
	bis 0,5%	23,1 (24,0)
	bis 1,0%	20,1 (17,3)
	über 1,0%	23,3 (23,1)
	keine Verluste	8,6 ( 9,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Wie auch schon bei der letzten Befragung haben die Unternehmen aus der Baubranche am meisten unter hohen Forderungsausfällen zu leiden. Der Wert stieg noch einmal um 6,1 Prozentpunkte auf 38,1 Prozent. Die Dienstleistungsbranche erweist sich als resistent gegen Forderungsausfälle: 10,3 Prozent der Betriebe aus diesem Segment erlitten keine Ausfälle. Die Zahl ging um 1,9 Prozentpunkte zurück.

**Tab. 29: Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstlei- stungen
bis 0,1	23,5 (28,1)	17,9 (18,7)	24,8 (22,4)	21,2 (24,3)
bis 0,5	27,7 (24,7)	16,7 (18,3)	29,7 (29,0)	18,8 (21,8)
bis 1,0	17,7 (17,2)	17,9 (23,1)	23,9 (17,1)	20,2 (15,4)
über 1,0	17,0 (17,2)	38,1 (32,0)	14,8 (21,5)	26,1 (24,4)
keine Verluste	10,2 ( 8,6)	7,3 ( 6,2)	5,3 ( 6,9)	10,3 (12,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) Vorjahresangaben

### 4.3 Insolvenzen im Mittelstand

Die schwache Konjunktur und ein neues Insolvenzrecht haben in 2002 für einen neuen Insolvenzrekord gesorgt. 82.400 Unternehmen und Privatpersonen

meldeten Konkurs an. Das entspricht einem Zuwachs von 66,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

**Unternehmenspleiten steigen um mehr als 16 Prozent**

Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche stieg auf 37.700 Fälle; in 2001 waren es 32.390 Betriebe. Dieser Rekord zieht weite Kreise: Die Schäden, die die Flut von Insolvenzen in der gesamten Volkswirtschaft verursacht hat, belaufen sich auf 38,4 Milliarden Euro, 590.000 Arbeitsplätze sind direkt gefährdet.

Auch wenn gerade die erste Jahreshälfte des Jahres 2002 geprägt war vom medienträchtigen Niedergang großer Konzerne – zu denken ist hier an Philipp Holzmann, Babcock Borsig und die Kirch Media – Insolvenzen sind ein Problem des Mittelstandes. Fast zwei Drittel aller insolventen Betriebe zählen weniger als fünf Beschäftigte. Nur 1,6 Prozent der Anträge kommt von Unternehmen, die mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigen.

Auch die Banken spüren den kalten Wind: Nach Commerzbank, Dresdner und Deutscher Bank musste im Februar auch die erfolgsverwöhnte Hypo-Vereinsbank Hiobsbotschaften verkünden: 858 Millionen Euro Verlust fuhr das Kreditinstitut im Jahr 2002 ein. Im Jahr zuvor hatte man noch mit einem Gewinn von 967 Millionen Euro abgeschlossen.

**Tab. 30: Insolvenzverfahren in Gesamtdeutschland**

■	Gesamt- Insolvenzen		Unternehmens- Insolvenzen	
1992	15.302	+ 14,9%	10.920	+ 23,6%
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%
2002 *)	82.400	+ 66,4%	37.700	+ 16,4%

\*) von Creditreform geschätzt

Die zum ersten Dezember 2001 in Kraft getretene Reform der Insolvenzordnung sollte – nach amerikanischem Vorbild – Instrumente bereitstellen, die ein Überleben eines Unternehmens auch in der Insolvenz protektionieren. Eingeführt wurde zu diesem Zweck der Insolvenzgrund der „drohenden Zahlungsunfähigkeit“. Wenn ein Unternehmer „droht“ zahlungsunfähig zu werden, sollen durch das frühe Stellen eines Insolvenzantrages die Sanierungsaussichten des Unternehmens oder zumindest die Befriedigungsquoten für die Gläubiger erhöht werden. Die Zahl der Insolvenzanträge, die wegen drohender Zahlungsunfähigkeit gestellt wurden, ist allerdings verschwindend gering. Zum einen versuchen Unternehmer so lange wie möglich eine Rettung des Unternehmens mit eigenen Mitteln zu finanzieren, zum anderen ist es illusorisch zu glauben, dass der gescheiterte Unternehmer zuerst an seine Gläubiger denkt.

### ***„Drohende Zahlungsunfähigkeit“ floppt***

Der größte Anstieg bei den Insolvenzen kommt allerdings von den Privatpersonen. 44.700 Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige stellten einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und anschließender Restschuldbefreiung. Der Grund liegt auch hier in den Möglichkeiten, die die reformierte Insolvenzordnung bietet. Zum einen können mittellosen Schuldner die Verfahrenskosten gestundet werden. Zum anderen sind die sogenannten Nullpläne - also Schuldenbereinigungspläne, die den Gläubigern keine Quote anbieten - ausdrücklich zugelassen. Anders als beispielsweise in Österreich, wo zumindest eine Quote etwa von 10 Prozent angeboten werden muss, können überschuldete Privatpersonen ohne eigene Mittel und ohne auch nur einen Gläubiger befriedigt zu haben einen „fresh start“ beginnen.

**Tab. 31: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland**

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		Absolut	in Prozent
1992	9.828	6.871	69,9
1993	12.821	8.987	70,1
1994	14.913	10.713	71,8
1995	16.470	11.821	71,8
1996	18.111	12.982	71,7
1997	19.348	14.061	72,7
1998	19.886	13.890	69,8
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002 *)	26.600	11.200	42,1

\*) von Creditreform geschätzt

Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Insolvenzen ist in Westdeutschland seit 1998 und in Ostdeutschland seit 1999 rückläufig. In Deutschland werden mittlerweile mehr als die Hälfte aller Verfahren (57,9 Prozent in den alten Bundesländern und 54,1 Prozent in den neuen Bundesländern) eröffnet. Zu beachten ist, dass diese Zahlen nur die vor dem Eröffnungsbeschluss mangels Masse abgelehnten Verfahren ausweisen – auch nach Eröffnung des Verfahren kann es noch zu einer Einstellung des Verfahrens mangels Masse kommen, wenn sich nachträglich herausstellt, dass weniger Masse vorhanden ist, als ursprünglich angenommen.

**Tab. 32: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland**

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1992	1.092	449	41,1
1993	2.327	1.209	52,0
1994	3.911	2.379	60,8
1995	5.874	3.716	63,3
1996	7.419	5.041	67,9
1997	8.126	5.672	69,8
1998	7.942	6.074	76,5
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002 *)	11.100	5.100	45,9

\*) von Creditreform geschätzt

## ■ 5 Wirtschaftspolitisches Umfeld

### 5.1 Innovationen im Mittelstand

Innovationen sind der Motor einer Volkswirtschaft. Innovative Unternehmen entwickeln neue Produkte und Verfahren und bringen damit den technischen Fortschritt voran. Neue Technologien werden jedoch nicht nur von großen, etablierten Unternehmen auf den Markt gebracht, auch kleine, spezialisierte oder neu gegründete Betriebe überzeugen mit neu entwickelten Abläufen, Produkten und Ideen.

Mehr als ein Viertel der befragten Unternehmen (26,7 Prozent) entwickelte im vergangenen Jahr neue Produkte oder Verfahren. Diese innovativen Unternehmen verteilen sich nicht auf alle Branchen gleich. Spitzenreiter beim Fortschritt ist das Verarbeitende Gewerbe: 40,8 Prozent der Betriebe aus dieser Branche entwickelten Innovationen, im Einzelhandel waren es nur 11,1 Prozent der Unternehmen.

***Ein Viertel ist innovativ***

**Tab. 33: Entwicklung einer Innovation**

■	Verarb. Gew.	Bau	Handel	Dienstleist.	Gesamt
Produktneuentwicklung	50,3	27,9	32,9	34,4	39,5
Produktverbesserung	34,4	44,2	33,3	39,1	36,7
Verfahrensneuentwicklung	3,4	8,7	10,6	6,3	6,2
Verfahrensweiterentwickl.	9,1	15,4	19,5	18,2	14,8

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Die meisten Innovationen im Mittelstand betrafen die Entwicklung eines neuen Produktes (39,5 Prozent). Jede zweite Innovation im Verarbeitenden Gewerbe diente der Entwicklung neuer Produkte (50,3 Prozent). Neue Verfahren erfanden lediglich 6,2 Prozent der Befragten. Insbesondere der Handel (10,6 Prozent) entwickelte neue Verfahrenstechniken zur Optimierung der Geschäftsprozesse.

Der Großteil der Innovationen wurde vom Unternehmer selbst erfunden (42,2 Prozent). 20,8 Prozent der Befragten erfanden die Neuerungen im Rahmen einer Unternehmenskooperation. In 16,2 Prozent der Fälle kann sich ein Mitarbeiter des Unternehmens rühmen, eine Verbesserung erfunden und durchgesetzt zu haben.

**Tab. 34: Zweck der neuen Innovation**

■	Verarb. Gew.	Bau	Handel	Dienstleist.	Gesamt
Erschließung neuer Märkte	69,4	54,8	76,8	75,5	71,8
Umsatzsteigerung	64,1	55,8	73,6	61,3	64,3
verbesserte Produktivität	36,5	39,4	41,1	37,5	38,0
Kostensenkung	31,4	44,2	48,8	32,6	36,3

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., Mehrfachnennung möglich

Erfolgreiche Innovationen führen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu neuen zukunftsfähigen Sektoren. Angestrebt werden wirtschaftliches Wachstum und stei-

**Unternehmer entwickeln Ideen**

gender Wohlstand. 71,8 Prozent der Befragten verfolgen mit ihrer Innovation das strategische Ziel der Erschließung neuer Märkte. 64,3 Prozent wollen mit der Neuerung ihren Umsatz steigern. Eine verbesserte Produktivität streben 38,0 Prozent der Befragten an. Lediglich 36,3 Prozent sehen Kostensenkungspotenzial in dem neu entwickelten Prozess.

Haupthemmnis bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sind das Geld und die Bürokratie. Ein Viertel aller Befragten gab an, keine Innovationen umgesetzt zu haben, weil die Finanzierungsmöglichkeiten nicht vorhanden waren (25,2 Prozent), oder weil bürokratische Hemmnisse gefürchtet wurden (24,5 Prozent). Lediglich 15,2 Prozent der Befragten war das Risiko zu hoch.

## **5.2 Ausbildungsplätze**

Die deutsche Wirtschaft stellte nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr 568.000 Auszubildende ein. Das entspricht einem Rückgang von 6,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zurückhaltung beim Abschluss von Ausbildungsverträgen übten vor allem die Industrie und der notleidende Handel – im Schnitt fingen dort acht Prozent weniger Azubis an. An zweiter Stelle steht das Handwerk: 7,2 Prozent weniger Lehrlinge wurden zu Ausbildungszwecken eingestellt. Lichtblicke kommen allein von der Land- und Hauswirtschaft und der Seeschifffahrt – hier stellte man mehr Auszubildende ein als in 2001 – allerdings stellen diese Berufsgruppen gerade einmal drei Prozent aller Lehrstellen zur Verfügung.

Schätzungen gehen für dieses Jahr von einer Lücke von 100.000 Lehrstellen aus. Abhilfe soll durch verschiedene Maßnahmen geschaffen werden: Wirtschaftsminister Clement will die Anforderungen für die Ausbildung lockern und Förderkredite für ausbildende Betriebe ausschreiben. Arbeitgeberpräsident Hundt fordert von den Gewerkschaften die Akzeptanz kürzerer Ausbildungszeiten und geringerer Anforderungen. Die Gewerkschaften hingegen fordern eine Umlagefi-

***6,8 Prozent weniger  
Ausbildungsplätze***

finanzierung durch eine Ausbildungsplatzabgabe oder ein Bonus-/Malus-System.

Knapp ein Drittel der von Creditreform befragten Betriebe stellte im vergangenen Jahr einen Auszubildenden ein (32,8 Prozent). 38,5 Prozent der Einzelhandelsbetriebe, aber nur 27,1 Prozent der Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor beschäftigten einen Lehrling.

**Tab. 35: Gründe für die Nichteinstellung von Auszubildenden**

■	Verarb. Gew.	Bau	Handel	Dienstleist.	Gesamt
keine freien Ausbildungsplätze	50,1	32,6	45,8	53,7	47,8
keine geeigneten Bewerber	11,0	13,9	13,1	8,4	10,9
Personalkosten sind zu hoch	17,9	20,5	17,1	14,6	16,8
schlechte Konjunkturaussicht.	11,1	22,2	16,2	14,4	15,3

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

47,8 Prozent der befragten Mittelständler geben an, über keinen freien Ausbildungsplatz zu verfügen. 16,8 Prozent sind die Personalkosten zu hoch. 15,3 Prozent möchten sich nicht verpflichten, weil ihnen die konjunkturellen Aussichten zu unsicher erscheinen und immerhin 10,9 Prozent haben keinen geeigneten Bewerber gefunden.

Nach ihren bisherigen Erfahrungen mit Auszubildenden befragt urteilten die Mittelständler differenziert: 41,9 Prozent gaben an, die Lehrlinge zu guten Fachkräften ausgebildet zu haben. Mehr als ein Drittel (33,4 Prozent) beklagt die mangelnde Motivation seiner Auszubildenden. Für 31,3 Prozent der Mittelständler ließ die Leistungsbereitschaft der Lehrlinge zu wünschen übrig. Eine schlechte Allgemeinbildung bemängelten 22,4 Prozent der Befragten, 18,4 Prozent hingegen lobten die gute Allgemeinbildung ihrer Azubis (Mehrfachnennungen waren möglich).

Als größte Hürde bei der Einstellung von Auszubildenden empfinden die Unternehmer den Zeit- und Kos-

tenaufwand. Für 61,2 Prozent der Befragten kostet die Ausbildung zu viel Zeit und Geld. Als Nachteil empfinden es 24,4 Prozent der Mittelständler, dass der Auszubildende nicht die gesamte Zeit im Betrieb arbeitet. Insbesondere den Unternehmen aus dem Großhandel (30,4 Prozent) verbringt der Auszubildende zu wenig Zeit im Betrieb. Lediglich einem Prozent der Befragten ist die Ausbildungszeit zu lang.

### **Auszubildende: Erhöhter Kosten- und Zeitaufwand**

**Tab. 36: Nachteile der betrieblichen Ausbildung**

■	Verarb. Gew.	Bau	Handel	Dienstleist.	Gesamt
Ausbild. kostet viel Zeit u. Geld	63,4	61,4	59,1	61,1	61,2
nach Ausbildung verlässt Azubi den Betrieb	12,1	9,5	8,6	10,4	10,2
Azubi verbringt zu wenig Zeit im Betrieb	21,1	26,0	29,5	22,4	24,4
Vorschriften behindern Mobilität der Azubis	2,4	3,1	1,9	4,5	3,1
Ausbildungszeit ist zu lang	0,9	-	0,9	1,7	1,0

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

## ■ 6 Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Lage im Mittelstand hat sich auch im Frühjahr 2003 weiter verschlechtert. Lediglich 20,5 Prozent der Befragten beurteilen ihre Geschäftslage mit gut oder sehr gut (Frühjahr 2002: 24,4 Prozent). Am unteren Rand zeichnet sich jedoch eine leichte Stabilisierung ab: 57,8 Prozent der Befragten schätzen ihre Geschäftslage als befriedigend und ausreichend ein. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerung um 5,3 Prozentpunkte. Gut 21 Prozent bewerten die Lage mit mangelhaft bis ungenügend. Das entspricht dem Wert von 2002.

Im Osten wird die Geschäftslage schlechter eingeschätzt als im Westen Deutschlands. So beurteilten in den neuen Bundesländern lediglich 14,2 Prozent ihre Geschäftslage mit sehr gut und gut (Frühjahr 2002: 15,9 Prozent). Im Westen waren dies 21,5 Prozent

(Vorjahr: 25,7 Prozent). Als mangelhaft oder ungenügend bezeichnen in den neuen Bundesländern 24,1 Prozent ihre wirtschaftliche Situation, in den alten Ländern sind es 20,7 Prozent. Somit fällt der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen im Osten mit minus 9,9 Prozentpunkten deutlich schlechter aus als im Westen (0,8 Prozentpunkte).

Ähnlich sieht es auch bei der Umsatzentwicklung aus: In Ostdeutschland haben sich die Angaben zur gestiegenen Umsatzentwicklung im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert. Aktuell sprechen nur noch 7,6 Prozent von gestiegenen Umsätzen. Im Vorjahr waren es noch 17,1 Prozent. Damit verschlechtert sich der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen auf minus 44 Prozent. Zum Vergleich: In den alten Bundesländern können 13,9 Prozent (Vorjahr: 19,8 Prozent) von gestiegenen und 46 Prozent (Vorjahr: 43 Prozent) von gesunkenen Umsätzen berichten.

In Gesamtdeutschland ist der Umsatz lediglich bei 13,1 Prozent der Befragten innerhalb eines Jahres gestiegen (Frühjahr 2002: 19,5 Prozent). Gut 47 Prozent (46,7 Prozent) beklagen sinkende Umsätze, das entspricht ungefähr dem Vorjahreswert (Frühjahr 2002: 45,2 Prozent).

Angesichts des erhofften, aber nicht eingesetzten Wirtschaftsaufschwungs sind die Umsatzerwartungen im Vergleich zum Vorjahr dramatisch eingebrochen. Rechneten 2002 noch 33,3 Prozent mit steigenden Umsätzen, sind es aktuell nur noch 16,3 Prozent. Der Anteil der Unternehmen, die sinkende Umsätze erwartet, ist von 26,4 Prozent im Vorjahr auf 33 Prozent gestiegen. Gleichzeitig erwarten immerhin gut die Hälfte (50,1 Prozent) eine stabile Umsatzentwicklung in den nächsten sechs Monaten (Frühjahr 2002: 39 Prozent).

Entsprechend der unbefriedigenden Umsatzentwicklung hat sich auch die Beschäftigungssituation im Mittelstand verschlechtert. Nur noch 12,4 Prozent sind bereit, neue Arbeitskräfte einzustellen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Abnahme um

3,2 Prozentpunkte. Ihren Personalbestand unverändert lassen wollen 53,5 Prozent der Befragten (Vorjahr: 52,5 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die Arbeitskräfte entlassen müssen, liegt mittlerweile bei 33,6 Prozent (Frühjahr 2002: 31,1 Prozent).

Innerhalb des kommenden Halbjahres planen sogar noch weniger Betriebe, ihren Personalbestand aufzustocken. So glauben nur noch 10,6 Prozent, dass sie künftig neue Arbeitskräfte einstellen können. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Abnahme um 5,1 Prozentpunkte. Und auch der Anteil der Unternehmen, die Personal voraussichtlich entlassen werden, ist von 19,8 Prozent in 2002 auf derzeit 25,1 Prozent gestiegen. Einen unveränderten Personalbestand vermuten 62,7 Prozent der Befragten (Vorjahr: 63,9 Prozent).

Angesichts der momentan schwierigen konjunkturellen Lage halten sich Deutschlands Mittelständler mit ihrer Investitionsbereitschaft zurück. Nur noch 32,2 Prozent der Befragten sind im kommenden halben Jahr zu Investitionen bereit (Frühjahr 2002: 38 Prozent). Keine Investitionen tätigen möchten 67,3 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg von 6 Prozentpunkten.

Auch die Art der Investitionen lässt noch auf keine Trendwende zum Besseren schließen. Gerade die Erweiterungsinvestitionen, die in Aufschwungphasen gerne getätigt werden, sind von 56,1 Prozent (Vorjahr) auf 38,7 Prozent gesunken. Dafür geben mehr Unternehmen ihr Geld für Ersatzinvestitionen (57,8 Prozent; Vorjahr: 50,7 Prozent) aus.

Nicht nur bei Umsätzen und Investitionen, auch für die künftige Ertragslage sehen Deutschlands Mittelständler pessimistisch in die Zukunft. Lediglich 13,5 Prozent der Befragten hoffen auf steigende Erträge, verglichen mit dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang um 13,8 Prozentpunkte. Gleichzeitig stieg die Zahl der Unternehmen, die sinkende Erträge erwarten um 4,7 Prozentpunkte auf 40,2 Prozent. Immerhin rechnet knapp die Hälfte mit einer stabilen Ertragsentwicklung.

Entsprechend der immer dünner werdenden Ertragsdecke entwickelte sich die Eigenkapitalausstattung der befragten Unternehmen. Unternehmen, die über eine Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent verfügen, werden als stabil bezeichnet. In Deutschland haben lediglich 17,7 Prozent der Mittelständler eine solch stabile Eigenkapitaldecke. Mehr als ein Drittel (37,7 Prozent) hat eine Eigenkapitalausstattung im Verhältnis zur Bilanzsumme von weniger als 10 Prozent und gilt somit als unterkapitalisiert.

Um die Liquiditätssituation im Unternehmen zu verbessern, achten Unternehmer zunehmend darauf, ihre Außenstände pünktlich einzutreiben. 66,1 Prozent verzeichnen pünktliche Zahlungseingänge, bei denen die Zahlung innerhalb von 30 Tagen erfolgt. Innerhalb eines Jahres entspricht das einer Zunahme um 4 Prozentpunkte. Insbesondere die Kommunen und Gemeinden zahlen pünktlicher: Zahlten im vergangenen Jahr noch 58,5 Prozent ihre Rechnungen pünktlich, sind es aktuell 63,8 Prozent.

Aus einer mangelnden Zahlungsmoral entstehen den Unternehmen häufig Forderungsverluste. Nur 8,6 Prozent der befragten Unternehmen hatten im vergangenen Jahr keine Forderungsverluste hinzunehmen. Hingegen stieg die Zahl der Mittelständler, die einen Forderungsverlust von mehr als einem Prozent im Verhältnis zum Umsatz hinnehmen mussten leicht von 23,1 Prozent in 2002 auf aktuell 23,3 Prozent.

Angesichts der verschlechterten Umsatz- und Ertragsituation ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in 2002 auf 37.700 gestiegen. Im Vorjahr waren es noch 32.390, das entspricht einer Zunahme um 16,4 Prozent. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 82.400 Gesamtinsolvenzen, wobei der größte Insolvenzanstieg von den Privatpersonen (44.700 Verbraucher und ehemals Selbstständige) kommt.

Um die Wettbewerbssituation der Unternehmen zu verbessern – und so Insolvenzen zu vermeiden –, sind Innovationen unerlässlich. Mehr als ein Viertel der befragten Unternehmen (26,7 Prozent) entwickelte im

vergangenen Jahr eine Neuerung. Spitzenreiter ist das Verarbeitende Gewerbe (40,8 Prozent), weniger innovationsfreudig waren die Unternehmen aus dem Einzelhandel: Nur 11,1 Prozent entwickelten dort ein neues Produkt oder Verfahren.

Die Ausbildungssituation in Deutschland hat sich verschärft: Schätzungen gehen für 2003 von einer Lücke von 100.000 Lehrstellen aus. Im vergangenen Jahr hat ungefähr ein Drittel (32,8 Prozent) der von Creditreform befragten Betriebe einen Auszubildenden eingestellt. 47,8 Prozent der Betriebe nannten als Grund für die Nichteinstellung von Auszubildenden, dass sie schlichtweg über keinen freien Ausbildungsplatz verfügen würden. Bei 16,8 Prozent fallen die Personalkosten zu hoch aus.

## ■ 7 Basis der Untersuchung

### 7.1 Begriffsbestimmung

Die vorliegende Untersuchung schließt sich der überwiegenden wissenschaftlichen Lehre an, die eine Definition des Mittelstandes auf die Mitarbeiterzahl abstellt (nicht mehr als 500 Beschäftigte) und eine Umsatzgröße von nicht mehr als 50 Mio. Euro zulässt. Entscheidend für die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen ist darüber hinaus die „Personaleinheit“ von Geschäftsführer und Inhaber. Bei der Selektion der für diese Umfrage repräsentativen Unternehmen wurde auf dieses Merkmal geachtet. Weiterhin wurde darauf geachtet, dass keine Tochterunternehmen von Großunternehmen erscheinen.

### 7.2 Untersuchungsbreite

Tab. 37: Anzahl der befragten Unternehmen

■	Verarbeitendes Gewerbe	1.155
	Bau	780
	Handel	1.093
	Dienstleistungen	1.716
	<b>Gesamt</b>	<b>4.744</b>

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

#### Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechn., Feinmech./Optik, Herstell. von EBM-Waren, Musikinstr., Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

#### Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

#### Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

#### Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

#### Dienstleistungen

- Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Kredit- und Versicherungsgewerbe
- Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen
- Datenverarbeitung und Datenbanken
- Forschung und Entwicklung
- unternehmensnahe Dienstleistungen
- Gesundheitswesen, sonstige persönliche/konsumnahe Dienstleistungen

### 7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform

Die 4.744 befragten Unternehmen in Deutschland bevorzugen folgende Rechtsform:

**Tab. 38: Rechtsformen der befragten Unternehmen**

■	Einzelkaufmann	23,8
	OHG	1,5
	KG	2,3
	GmbH & Co. KG	13,1
	GmbH	53,7
	AG	2,3
	Sonstige	3,1

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

### 7.4 Sitz des Unternehmens

**Tab. 39: Sitz des Unternehmens**

■	Baden-Württemberg	9,8
	Bayern	13,9
	Bremen	2,1
	Hamburg	2,6
	Hessen	11,8
	Niedersachsen	9,3
	Nordrhein-Westfalen	25,1
	Rheinland-Pfalz	7,0
	Saarland	1,4
	Schleswig-Holstein	4,1
	Berlin	2,6
	Brandenburg	1,8
	Mecklenburg-Vorpommern	1,2
	Sachsen	2,5
	Sachsen-Anhalt	1,9
	Thüringen	3,0

Angaben in % der Befragten

## 7.5 Betriebsgrößenordnung

Tab. 40: Anzahl der Beschäftigten

■	1 – 5 Personen	31,7
	6 – 10 Personen	18,4
	11 – 20 Personen	18,7
	21 – 50 Personen	17,7
	51 – 100 Personen	7,3
	101 – 200 Personen	4,5
	201 – 500 Personen	1,3

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

### Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung  
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171  
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

### Alle Rechte vorbehalten

© 2003, Verband der Vereine Creditreform e.V.,  
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

Neuss, 16. April 2003